Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4115**
17. Wahlperiode 03. 12. 2010

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber, Dr. Philipp Murmann, Dr. Joachim Pfeiffer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paul K. Friedhoff, Patrick Meinhardt, Dr. Martin Neumann (Lausitz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/3480 –

Existenzgründungen aus Forschung und Wissenschaft fördern – Für einen starken deutschen Innovationsstandort

A. Problem

Fortführung erfolgreicher Förderprogramme und weitere Maßnahmen für Hightech-Gründer und junge Technologieunternehmen in den Bereichen Zugang zu Wagniskapital, Stärkung der Zusammenarbeit von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und mittelständischer Wirtschaft einschließlich Ausgründungen und Wissenstransfer, Gründungskultur und gründungsbezogene Schulbildung, steuerliche Forschungsförderung.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/3480 anzunehmen.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Eduard Oswald Vorsitzender	**Dr. Heinz Riesenhuber** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/3480** wurde in der 71. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. November 2010 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung, Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP fordern in ihrem Antrag die Programme zur Förderung von Unternehmensgründungen im Hightech-Bereich und in der Spitzentechnologie fortzusetzen. Die Antragsteller beklagen, dass Hightech-Gründungen in Deutschland im Jahr 2008 mit 15 300 neuen Gründungen einen neuen Tiefpunkt erreicht haben. Laut einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung sei die Zahl der Gründungen im Bereich der Spitzentechnologien sogar um 12 Prozent auf 600 Gründungen gesunken. Neben der Weiterführung von Förderprogrammen soll jungen Technologieunternehmen der Zugang zu Wagniskapital erleichtert werden. Außerdem sollen Gründungen aus Universitäten erleichtert und die wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen verbessert werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/3480 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 36. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3480 zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 40. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3480 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 26. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3480 zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage auf Drucksache 17/3480 in seiner 32. Sitzung am 1. Dezember 2010 abschließend beraten.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP** erläuterten, trotz einer Vielzahl von erreichten Verbesserungen sei die Gründungsdynamik in Deutschland seit dem Zusammenbruch des Neuen Marktes im Jahre 2000 nicht so stark, wie dies wünschenswert wäre. Deutschland liege im Wagniskapitalanteil unter dem europäischen Durchschnitt. In Deutschland gebe es lediglich 5 000 Business Angels, während sich diese Zahl in den USA auf 2 0000 belaufe. Die Unternehmensgründung im Hightech-Bereich von sehr großer Bedeutung, um neue Technik schnell in die Märkte zu bringen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sei nun aufgefordert, alternative europataugliche Modelle im steuerlichen Bereich zu erarbeiten, wie Business Angels einerseits und Wagniskapitalgesellschaften andererseits gefördert werden könnten, um die Situation so zu verbessern, dass Deutschland über eine sich dynamisch entwickelnde Gründerlandschaft verfüge, die im internationalen Vergleich konkurrenzfähig sei.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, dass die Zahl von Gründungen im Hightech-Bereich sogar rückläufig seien. Die administrativen Belastungen seien in den vergangenen Jahren tatsächlich erheblich zurückgegangen. Allerdings bestehe bei der Vielzahl von Programmen und Ansprechpartnern zuweilen die Gefahr, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehe. Im internationalen Vergleich seien die Bedingungen für Wagniskapital in Deutschland nicht so schlecht. Allerdings werde dies in der Gründungsphase oft nicht hinreichend genutzt. Ein wesentlicher Grund dafür sei das bestehende Insolvenzrecht. Der Antrag äußere sich leider nicht zu den sonstigen Arbeits- und Lebensbedingungen von Gründerinnen und Gründern. Vorhandene Studien wiesen hier vor allem auf einhergehende finanzielle Risiken für die Familien hin, vor allem auch das Problem der Absicherung der Familie in der Gründungsphase, ferner die Notwendigkeit von Kinderbetreuungsplätzen gerade auch in der Gründungsphase.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verdeutlichte nach ihrer Einschätzung gebe es keine zu geringe steuerliche Förderung für innovative und forschende Unternehmen. Mit einer steuerlichen Förderung würden die meisten kleinen und mittleren Unternehmen eine deutliche Verschlechterung erfahren. Profitieren würden von einer solchen Förderung vor allem Großunternehmen. Man sollte eine direkt Forschungsförderung betreiben, wie etwa die Förderprogramme über die KfW Bankengruppe. Diese Art der Förderung sollte ausgeweitet werden. Steuerliche Förderung haben auch in der Vergangenheit stets die Gefahr mit sich gebracht, als Einfallstor für Geschäftsmodelle von sogenannten Heuschrecken zu fungieren.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stimmte der im Antrag der Koalitionsfraktionen vorgenommenen Analyse im Wesentlichen zu. Allerdings lasse der Antrag konkrete Vorschläge der Koalitionsfraktionen vermissen. Zur steuerlichen Forschungsförderung und zum Wagniskapital habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den vergangenen Jahren eigene Anträge mit sehr konkreten Vorschlägen

vorgelegt. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Business Angels sei ein wichtiges Thema, was aber von der Bundesregierung bisher noch vernachlässigt werde.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 17/3480 zu empfehlen.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Dr. Heinz Riesenhuber
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333